

Unschuldige Opfer.

Wie das Vaterland dankte.

Von einem heimgekehrten Offizier erhalten wir folgende Zeilen mit der Bitte um Veröffentlichung: Endlich findet auch das sozialdemokratische Parteiblatt Zeit, sich mit der gegenwärtigen Lage des deutschen Teiles des bisherigen Offizierskorps zu beschäftigen und findet es unbegreiflich, daß die deutschen Offiziere das Schicksal, das sie bei der Rückkehr in der Heimat erwartete und die Behandlung, die sie hier erfahren, bitter beklagen. („Arb.-Bzg.“ vom 20. d. M., Nr. 347). Sie hätten, heißt es dort, kein Anrecht auf den Dank Deutschösterreichs, da sie die viereinhalb Jahre Kriegstrapagen nur im Interesse der früheren Monarchie ertragen haben und übrigens sei es seinerzeit den Heimkehrern aus Rußland auch schlecht ergangen. Es ist gewiß wichtig für uns heimkehrende Offiziere zu erfahren, daß das sozialdemokratische Parteiblatt erklärt, kein Interesse daran zu haben, wie wir uns mit der Vernichtung unserer Existenz durch den Krieg abfinden und Hunger und Obdachlosigkeit ertrinken. Wir werden trachten, auch ohne dieses Interesse uns unseren Platz in den Reihen unseres Volkes zu sichern. Es soll aber jener Mangel an jedem Gerechtigkeitsgefühl unumwunden bleiben, der sich in jenem Sahnartifel der „Arb.-Bzg.“ ausdrückt, und es muß festgesetzt werden, daß vor allem die Offiziere von allen Staatsangehörigen am wenigsten nach eigenem Gutdünken zu handeln hatten. Sie waren Soldaten und der Soldat hatte zu jener Zeit zu gehorchen. Wenn man aber schon nicht alle Angehörigen der früheren Monarchie für Fehler des alten Regimes verantwortlich machen und dafür blühen lassen will, warum gerade die Offiziere? Oder will man vielleicht die Offiziere für den Zusammenbruch der Armee verantwortlich machen, weil sie treu ihrem Eide, so lange als nur tunlich) ausparieren? Oder hätten sie vielleicht allein die Gegner aufhalten sollen? Menschen anzugreifen, weil sie unter einem anderen, wenn auch jetzt verpönten System treu ihre Pflicht erfüllen, ist, gelinde gesagt, unmarxistisch. Ob die Rückkehr einer Armee, die mehr als vier Jahre lang im Verein mit ihren Bundesgenossen fast der ganzen Welt ruhmreich standhielt, mit der Rückkehr von Kriegsgefangenen, deren unverschuldete Gefangennahme keineswegs in allen Fällen erwiesen ist, den Vergleich aushält, möge dahingestellt bleiben. Die Schlussfolgerung aber: Weil es einem anderen ja eben so erging, muß es dir ebenso ergoßen, möchte der Artikelschreiber wohl kaum auf sich selbst angewendet wissen. Das Offizierskorps, wenigstens das deutsche, der früheren Monarchie war immer ein Vorbild aller soldatischen Tugenden. Das haben selbst seine größten Feinde zugegeben. Auch die Sozialdemokraten würden keinen Abbruch erfahren, wenn sie dem beifälligen würden. Für Mißbräuche, wie sie im Kriege überall vorkamen, die Gesamtheit verantwortlich zu machen und Köpfe zu lassen, werden doch auch sie ungerne finden. Oder sollte die Parteipolitik diesem Blatte überhaupt keine Logik und kein Gerechtigkeitsgefühl mehr gekostet? Es scheint fast so. Es scheint, daß die Gerechtigkeit und Menschlichkeit kein Mittel ist, um den sozialdemokratischen Wahlzwecken zu dienen. (Name und Adresse des Einsenders sind der Redaktion bekannt.)

Eine Ueberfledungsfrist für ausgewiesene Beamte!

Von einem Wiener Beamten wird uns zu unseren Bemerkungen anlässlich der Entlassung der deutschen Beamten in Jugoslawien (Nachmittagsausgabe der „Reichspost“ vom 19. d.) geschrieben: Die Behandlung jener Staatsdiener, die das Unglück hatten, der herrschenden Nation in den Gebieten ihres Dienstortes — und dies gilt von allen Nationen — nicht anzugehören, ist überall so brutal, wie sie die ganze Geschichte des österreichischen Beamtentums in ähnlicher Form nicht aufzuweisen hat. Ich habe in meiner Laufbahn mit fast allen früheren österreichischen Beamten zu tun gehabt und kann mit Bestimmtheit behaupten, daß — bis auf wenige, ja sehr wenige Ausnahmen — alle österreichischen Beamten tüchtige Leute waren, die sich klammerlich durchbrachten und gerade die deutschen Beamten haben die übrigen Völker fast nie provoziert. Nun plötzlich heißt es: Simons aus dem Lande, deni ihr Jahre oder Jahrzehnte tren und billig gebietet habe! Jetzt sollen diese Geächteten auswandern, mit Hab und Gut, Weib und Kindern, wie die armen Flüchtlinge zu Anfang des Krieges. In den anderen Ländern sind die Wohnungsverhältnisse, wenigstens jetzt, noch trostloser als in Wien und jetzt ausziehen? Wehe den Armen, die ihr bißchen Hab und Gut der Eisenbahn anvertrauen; das Wenige wird ihm am Transport gestohlen und macht den armen Teufel zum Bettler, weil er sich keinen Ersatz beschaffen kann. Gibt es denn kein Einsehen? Würde es nicht menschlicher, wenn sich die Minister aller Nationalstaaten endlich einmal zusammensetzen würden und diese Frage nach Menschlichkeit regeln würden? Mit Rücksicht auf die heutige, ungeläute Weltlage sollte für alle ausgewiesenen Staatsdiener in allen Nationalstaaten eine Uebergangszeit von

einem Jahre gestattet werden. Innerhalb dieser Zeit kann sich jeder dieser Geächteten um neuen Wohnsitz und Dienstort umsehen und wenn einmal auch die Verkehrs- und Transportverhältnisse besser werden, auch in einer etwas günstigeren Zeit übersiedeln. Ein solches Vorgehen würde die Bitterkeit der Ausweisung etwas mildern und den ohnehin entsetzlichen gegenseitigen Haß nicht noch mehr schüren. Schließlich könnten sich bei so einer allgemeinen Konferenz die verschiedenen Nationen auch über die Auszahlung der Bezüge auf Rechnung der Nationalstaaten einigen. Nehmen Sie sich weiter aller dieser Geächteten an! Sie werden damit ein Verdienst an der Menschlichkeit sich erwerben.

K. D.